

Kanonen statt Butter in der DDR : Tendenzen der mitteldeutschen Wirtschaftsentwicklung

Autor(en): **Fiebich, Kurt**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **48 (1956)**

Heft 4

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-353737>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Es bedarf keiner großen Phantasie, um daraus auch die Auswirkungen auf Region und Kanton zu ermessen. Der Verdienst der Belegschaft kommt der ganzen Gegend zugute. Die Bevölkerungszunahme brachte aber auch Lasten, die blieben und doppelt schwer zu tragen wären. Der Kanton verlöre allein einen Sechstel seines Vermögens-, Erwerbs- und Kopfsteuerertrages. Für die Standortgemeinden wäre der Ausfall verhältnismäßig größer.

Die Frage ist heute müßig, ob nicht dem Kanton und seiner Bevölkerung auf andere, billigere Weise hätte geholfen werden können. Denn jedenfalls wäre es unsinnig, ihm zunächst durch Verweigerung einer weiteren Hilfe an das Unternehmen derartige Wunden zu schlagen und sich dann an deren Behandlung zu machen.

Es handelt sich bei der Emser Vorlage um eine solidarische Hilfsaktion zugunsten des wirtschaftlich schwächsten Gliedes unserer Eidgenossenschaft, des Kantons Graubünden.

Das sind die Gründe, warum sich der Gewerkschaftsbund in den letzten Jahren immer für die Erhaltung der Emser Werke eingesetzt hat. Wir haben das schon in den Beratungen über das Bundesgesetz betreffend die wirtschaftliche Landesverteidigung getan. Als der Einbau der Produktion einheimischer flüssiger Treibstoffe in dieses Gesetz nicht gelang, wandten wir uns mit andern Wirtschaftsorganisationen zusammen in verschiedenen Eingaben an den Bundesrat, um zu erwirken, daß die Hilfe für Ems noch einige Zeit weitergeführt wird. Nicht zuletzt dank diesen Interventionen hat der Bundesrat eine Vorlage ausgearbeitet, die nun am 13. Mai dem Volk zum Entscheid unterbreitet wird.

Für uns war von allem Anfang an nicht so sehr Ems als vielmehr die Hilfe entscheidend, die mit dem Bundesbeschluß dem Kanton Graubünden gebracht werden soll. Es geht uns vor allem um einen Akt *eidgenössischer Solidarität* zugunsten eines notleidenden Gebirgskantons.

Edmund Wyß

Kanonen statt Butter in der DDR¹

Tendenzen der mitteldeutschen Wirtschaftsentwicklung

Einleitung

Im Zusammenhang mit der Viererkonferenz in Genf ist viel über die Wiedervereinigung Deutschlands gesprochen und geschrieben worden. Während man die politischen Voraussetzungen und Konsequenzen ausgiebig diskutierte, wurde die wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Problematik vernachlässigt. Das ist aber nicht verwunderlich, denn die Berichterstattung über die Wirtschaftsentwick-

¹ DDR = Deutsche Demokratische Republik, Gebiet der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands.

lung in der östlichen Hälfte Deutschlands ist seit je dürftig und tendenziös. Schon immer wirft die Mehrzahl der westdeutschen Zeitungen und Zeitschriften die ostzonale Wirtschaftsverfassung mit der «Planwirtschaft» in einen Topf. Gleich wie man dazu steht, es ändert nichts an der Tatsache, daß die Volkswirtschaftspläne das Dasein von 18 Millionen Deutschen in einem kaum vorstellbaren Ausmaß bestimmen.

Aber die Bedeutung der Pläne reicht weit über die Zonengrenze hinaus. Man kann schon heute mit Bestimmtheit sagen, *daß auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs gleichartige Industriekapazitäten mit ungeheurem Kostenaufwand, den die Verbraucherschaft trägt, aufgebaut werden, die nach der Wiedervereinigung nicht voll ausgenützt werden können.* In der DDR ist häufig auch die Standortwahl volkswirtschaftlich widersinnig, wenn auch politisch und strategisch – von drüben gesehen – verständlich. Man denke nur an die Errichtung des Eisenhüttenkombinats Ost mit Stalinstadt und den ungeheuer kostspieligen Ausbau der Ostseewerften und -häfen. Trotz allen Anstrengungen stehen hier die Produktionsleistungen im krassen Mißverhältnis zu den Investitionsaufwendungen und den laufenden Kosten, woran sich auch künftig wenig ändern wird, weil es sich bei einer Reihe von Kostenelementen – wie zum Beispiel den Transportkosten für Kohle, Erz und Hilfsstoffe – um fixe und starre Elemente handelt.

Sachlichkeit tut not

Wer sich ernsthaft mit der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands oder auch nur mit der Wirtschaftsentwicklung drüben befaßt, muß die Pläne und Planerfüllungsberichte, dazu unzählige Einzelangaben immer wieder studieren, mögen sie noch so trocken und zäh sein. Der Schleier, der über allen Prozentzahlen liegt, lichtet sich bald, weil man gelegentlich doch auf absolute Produktionsziffern stößt, mit deren Hilfe man die meisten prozentualen Werte um- oder rückrechnen kann.

Alle diese Bemühungen haben aber nur Sinn, wenn man bei der Kommentierung *sachlich* bleibt, *trotz* oder gerade *wegen* der Ablehnung des kommunistischen Systems. Unsachlichkeit verrät Schwäche und Unsicherheit und führt häufig zur Unterschätzung der anderen Seite. Die nachstehenden Ausführungen wollen sich nicht in der üblichen, mehr oder weniger sachkundigen Kritik am kommunistischen Wirtschaftssystem erschöpfen, die zumeist in der Verherrlichung der «sozialen Marktwirtschaft» gipfelt. Sie wollen vielmehr aufzeigen, daß die zweifellos gewaltigen Anstrengungen zur Produktionssteigerung infolge der strukturellen Eigenarten der DDR nicht zwangsläufig zu einem hohen Lebensstandard führen, selbst wenn man die negativen Auswirkungen der Aufrüstung außer Betracht läßt.

Zu schmale Rohstoffbasis

Die industrielle Bruttoproduktion sollte 1955 gegenüber 1954 lediglich um 5,1 Prozent steigen (zum Vergleich: reale Steigerung in der Bundesrepublik 15 Prozent); von 1953 auf 1954 waren es noch real 10 Prozent. Diese bisher niedrigste jährliche Gesamtzuwachquote – bei sehr unterschiedlich starkem Zuwachs der einzelnen Erzeugnisse – verrät, daß man das letzte Planjahr des ersten Fünfjahrplans dazu benützt hat, die größten Disproportionen der Volkswirtschaft zu beseitigen und einen relativ guten Uebergang zum zweiten Fünfjahrplan zu schaffen, der auf die Pläne der anderen Ostblockstaaten abgestimmt worden ist. Im Verlaufe dieses zweiten Fünfjahresplans (1956 bis 1960) soll sich die Bruttoproduktion um 35 Prozent erhöhen. Dieses Ziel ist nicht unrealistisch, sondern eher bescheiden, selbst wenn man berücksichtigt, daß man nun die Produktion von 1955 gleich 100 zu setzen hat.

Wie in den anderen Ostblockstaaten, einschließlich der Sowjetunion, scheint auch in der DDR die Zeit des stürmischen Produktionszuwachses, der jährlich teilweise mehr als 20 Prozent betrug und den man weidlich propagandistisch ausschlachtete, vorbei zu sein. Natürlich ist einleuchtend, daß man bei verhältnismäßig schwacher Industrialisierung oder im Rahmen eines *Wiederaufbaus* alljährlich zunächst sprunghaft vorankommen kann; aber dann werden die Sprünge immer kürzer. (Hochindustrialisierte Staaten mit Vollbeschäftigung sind mit einer dreiprozentigen Zuwachsrate zufrieden!) Entscheidender noch ist, daß die Auswertung der Energie- und Rohstoffbasen immer mehr Zeit und absolut und relativ größere Investitionsmittel erfordert. Nicht nur hier, sondern auch in anderen Wirtschaftsbereichen müssen *neue* Kapazitäten geschaffen werden. Andererseits haben die zahlreichen Fehl«planungen», deren Ursache oft – was das Tempo betrifft – übertriebener Industrialisierungsehrgeiz war, zu Ueberkapazitäten in bestimmten Branchen geführt, in die die Produktion erst in den folgenden Jahren hineinwachsen kann; bis dahin sind aber erhebliche Kapitalien sterilisiert.

Für das Gebiet der DDR gewinnt schließlich das «Gesetz des abnehmenden Ertragszuwachses» an Gewicht, obgleich jeder Kommunist dessen Existenz heftig bestreitet. Man muß – wie überall in hochentwickelten Staaten mit großem Energie- und Rohstoffverbrauch – nunmehr auch jene Kohlen- und Rohstoffvorkommen erschließen, die bislang aus Kostengründen kaum berührt wurden. Für die DDR bedeutet das eine ganze Skala von Problemen:

1. Die *Steinkohlenförderung* im sächsischen Revier wird immer teurer. Wegen Erschöpfung der besten Lagerstätten hat sie ihren Höhepunkt längst überschritten. Die Bedeutung anderer Vorkommen ist minimal, wenn man auch erhebliche Summen für deren Erschließung ausgegeben hat.

2. Es ist dringend notwendig, neue *Braunkohlenvorkommen* zu erschließen; sie liegen zum Teil tiefer als die jetzt im Abbau befindlichen. Mehrere alte Tagebaue, die große Mengen verhältnismäßig leicht gewinnbarer Braunkohle lieferten, sind bereits ausgekohlt. Die Erschöpfung anderer Gruben steht für die nächsten Jahre bevor, da das jetzige, noch nie dagewesene Fördertempo die früher festgelegten Abbauzeiten stark verkürzt hat. Andererseits ist eine fortgesetzte kräftige Fördersteigerung unerlässlich, wenn man endlich die Brennstoff- und Stromknappheit überwinden will. Man muß also, vorwiegend im Senftenberger Revier, nicht nur neue Tagebaue einrichten, sondern auch neue Brikettfabriken, Schwelwerke, Verladeeinrichtungen usw. bauen. Einige Dörfer müssen abgerissen und an anderer Stelle komplett wiedererrichtet werden.
3. Im Mansfelder *Kupferschieferbergbau* muß man größere Summen investieren, obwohl auch bei zunehmender Erzförderung infolge sinkenden Kupfergehalts keine echte Steigerung der Metallgewinnung — auf die es allein ankommt — zu erwarten ist.
4. Der *Eisenerzbergbau* der DDR kann niemals zur ausschließlichen Basis der Eisen- und Stahlgewinnung werden, weil die vorhandenen Erze zu geringwertig sind. Wie im Mansfelder Revier die Kupfererze, erschöpfen sich hier die einigermaßen brauchbaren Vorkommen rasch. In keinem Land der Erde werden solch niedrigprozentige Erze abgebaut wie in der DDR.
5. Es gibt keine nennenswerten *Erdölvorkommen*. Die notwendigen flüssigen Treib- und Schmierstoffe aller Art sowie Heizöle müssen synthetisch erzeugt oder importiert werden.
6. Trotz aller Anstrengungen wird es niemals gelingen, die *landwirtschaftliche Selbstversorgung* zu realisieren. Die agrarischen Ueberschußgebiete Deutschlands lagen *ostwärts der Oder*, eine Tatsache, die oft übersehen wird. Die Böden in Sachsen, Thüringen und in der Mark Brandenburg sind vorwiegend dürrtig.

Ist die DDR überbevölkert?

Diese Frage drängt sich auf, wenn man die *Uebervölkerung* als Mißverhältnis zwischen der vorhandenen Bevölkerung und den eigenen Rohstoffvorkommen definiert, also die «innenbedingte Tragfähigkeit» eines gegebenen Gebietes zum Maßstab macht. Man muß die Frage bejahen, obgleich die Bevölkerungsdichte in der DDR geringer ist als in der Bundesrepublik (157 Menschen gegen 205). Es fehlen die gewaltigen Steinkohlenvorkommen Westdeutschlands als Basis einer kostengünstig arbeitenden Schwerindustrie und als Energiegrundlage.

Natürlich wird die Tatsache der Uebervölkerung in Ostberlin heftig bestritten, ja, man versucht seit September 1950 sogar den an sich geringen Geburtenüberschuß von jährlich 50 000 bis 60 000 durch Geburtenprämien und Kinderbeihilfen zu steigern. Da die Abwanderung oder «Republikflucht» (wie man drüben sagt) weit höher ist als die natürliche Bevölkerungszunahme, verliert die DDR jedoch seit Jahren an Einwohnern.

Man könnte einwenden, daß man bei einer vollbeschäftigten Volkswirtschaft, die sogar unter Arbeitskräftemangel leidet, nicht von Uebervölkerung sprechen kann, sondern eher von einer nicht ausgenützten Tragfähigkeit des Lebensraumes. Das ist irrig, denn es kommt auf den faktischen oder erreichbaren Lebensstandard der Bewohner an, der wiederum durch die Produktivität bestimmt wird, die sich doch – neben allen anderen Gründen – entscheidend nach dem Boden und den in und auf ihm vorhandenen Unterhaltsmitteln richtet, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet. So gesehen, ist die DDR ein armes Land. (Die Schweiz ist es unter diesem Gesichtswinkel auch, aber hier wird die geringe innenbedingte Tragfähigkeit durch ein außerordentlich großes Volksvermögen, das sich seit 150 Jahren ununterbrochen aus sich heraus vermehrt, sowie durch ausreichendes Vorhandensein der billigen Energiequellen Wasserkraft überkompensiert. Einerseits besteht der Zwang zu Produktionssteigerungen, wenn sich der Lebensstandard erhöhen soll, andererseits werden dadurch immer größere Brennstoff- und Rohstoffeinfuhren notwendig, wobei besonders unangenehm ist, daß die Weltmarktpreise auf lange Sicht steigende Tendenz aufweisen – eben weil das erwähnte Gesetz des abnehmenden Ertragszuwachses überall wirksam wird.)

Durch die Zerreißung Deutschlands sind vor allem in der DDR Investitionen notwendig geworden, die insgesamt einen übernormal großen Teil des Nationaleinkommens ausmachen. Entsprechend kommt der Konsum zu kurz, denn man kann nur das investieren, was nicht verbraucht wird. Wenn man auch einen Teil der innen- und außenbedingten Kostensteigerungen durch weitere Rationalisierung des Produktions-, Verteilungs- und Verwaltungsapparates auffangen kann, so sind doch die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten längst nicht so gut, wie man es die Bevölkerung glauben machen will. «Der noch nie dagewesene Wohlstand», der von Ulbricht und Grotewohl im Jahre 1950 als Ziel des jetzt zu Ende gegangenen ersten Planjahrfünfts verheißen wurde, ist bisher ein Traum geblieben. (Die vorstehenden Feststellungen gelten selbstverständlich für alle jene Länder, die bei Rohstoff- und Brennstoffarmut dicht bevölkert sind, zum Beispiel auch für Griechenland, Italien, Jugoslawien, Spanien und Portugal, um in Europa zu bleiben.)

Die erwähnte Bevölkerungsabnahme in der DDR ist nicht schädlich, vielmehr überwiegen die günstigen Auswirkungen; zum Beispiel ist die Wohn- und Schulraumsituation dadurch besser als in der Bundesrepublik. Das heißt aber, besonders auch im Zusammenhang mit der viel geringeren Verkehrsdichte, daß hier *weniger* Investitionen erforderlich sind. Vielleicht hat man das auch in Ostberlin längst eingesehen, scheut sich aber, diese dem kommunistischen Dogma entgegenstehende Tatsache zuzugeben. Wie anders wäre die *Duldung* dieser relativ starken Abwanderung – zur Zeit

etwa 30 000 Menschen pro Monat, davon rund 50 Prozent Jugendliche unter 25 Jahren – nun schon über viele Jahre hinweg zu erklären? Die Abwanderer lassen schließlich fast alle Werte zurück, das Volksvermögen pro Kopf erhöht sich also allein aus diesem Grunde laufend, wenn auch nur geringfügig.

Immerhin wohnen in der DDR und in Ostberlin infolge der starken Zuwanderung von Ostvertriebenen nach Kriegsende auch heute noch etwa 18,2 Millionen Menschen. Das sind 1,5 Millionen mehr als im Jahre 1939, aber etwa 800 000 weniger als 1949, dem Jahr des höchsten Bevölkerungsstandes. Auch wenn die Abwanderung im bisherigen Umfange weitergehen sollte, wird es etwa ein Jahrzehnt dauern, bis der Vorkriegsbevölkerungsstand erreicht wird. Die hier und da verkündeten Entvölkerungsprognosen für Mitteldeutschland sind also absurd. Allerdings verschiebt sich im Zuge dieser Entwicklung das Bevölkerungsschwergewicht immer stärker nach Westdeutschland, eine Entwicklung, die bei einer Wiedervereinigung manches zusätzliche Problem aufgeben wird.

Die geplante und tatsächliche Entwicklung der Industrie 1955

Man kann die bisherige Entwicklung der Produktion – bei allen Vorbehalten gegenüber den amtlichen Zahlen – nur dann richtig einschätzen, wenn man sich die vorangegangenen Ausführungen vergegenwärtigt. Im großen und ganzen ist die Planerfüllung wahrscheinlich, bei einigen wichtigen Positionen hinkt allerdings die Produktion laut Bericht der «Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik bei der staatlichen Plankommission» für das 3. Quartal 1955 erheblich nach, und zwar bei Elektroenergie, Rohbraunkohle, Braunkohlenbriketts, Kalisalzen, Walzerzeugnissen aus Nichteisenmetallen, Grauguß, Stahlformguß, Buntmetallformguß, Phosphordünger, Ziegelsteinen, Dachziegeln und Hohlblocksteinen. Weiter heißt es: «Bei der Durchführung des *Energieprogramms* verläuft der Zuwachs an neuen Kapazitäten nicht planmäßig. Die von den Maschinenbaubetrieben termingerecht hergestellten Aggregate und Anlagen entsprechen noch immer nicht der erforderlichen Qualität und werden häufig durch Verzögerungen beim Bau von Kesselhäusern und bei der Montage verspätet in Betrieb genommen. Der Havariestand in den Betrieben der Energiewirtschaft ist immer noch hoch.

Im *Kohlenbergbau* wird von seiten des Ministeriums für Schwerindustrie, der Revier- und Werkleitungen nicht genügend Wert auf eine intensive Wintervorbereitung gelegt. Die Erfüllung des Abraumplanes ist zurückgeblieben. Besonders im Revier Senftenberg ist der Vorrat an freigelegter Kohle beträchtlich zurückgegangen. Die Arbeitsorganisation in den Braunkohlenwerken muß entscheidend verbessert werden. Die vorhandenen neuartigen technischen

Geräte werden auf Grund schlechter Arbeitsorganisation nur ungenügend ausgenützt.»

Mancher wird sich über solche offenherzige Eingeständnisse wundern, weil man doch eigentlich der Meinung ist, daß drüben die Schönfärberei vorherrscht. In der Tat ist die Selbstkritik in der obigen Form seit je in den amtlichen Publikationen zu finden. Im Westen liest man nun – und auch das schon seit Jahren – heraus, daß die Wirtschaftslage chaotisch sein muß. Das ist irrig, denn die Kritik bezieht sich auf den Stand der *Planerfüllung*. Gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit liegt in jedem Falle eine *Produktionssteigerung* vor. Natürlich bringt es Schwierigkeiten mit sich, wenn die Plandaten nicht erreicht werden. Aber vielfach – besonders in den Betriebsplänen – setzt man die Planziele bewußt zu hoch, *weil bei Nichterfüllung trotz Produktions- und Produktivitätssteigerungen keine Prämien bezahlt werden brauchen*.

Weiterhin hat man oft den Eindruck, daß die Planerfüllungsberichte die Situation eher zu schwarz malen. Wahrscheinlich will man damit Forderungen der Bevölkerung und Arbeiterschaft auf Preissenkungen und Lohnerhöhungen sowie Rentenaufbesserungen vorbeugen. Wirtschaftspläne wie Planerfüllungsberichte werden nämlich durch ein Riesenheer von haupt- und nebenamtlichen Funktionären in Stadt und Land bis ins letzte Haus publik gemacht.

Interessant ist die *verschieden hohe Entwicklungsquote* im Plan für 1955 in der sozialistischen und Privatwirtschaft: 5,6 zu 2,1 Prozent. 1954 betrug die reale Produktionssteigerung der Privatbetriebe noch 18 Prozent. Hier kann man also in der Tat von einer radikalen Abkehr vom «neuen Kurs», sozusagen vom «neuesten Kurs», sprechen. Der Anteil der privatwirtschaftlichen an der Gesamtproduktion verringerte sich dadurch auf 14,5 Prozent. Beim Handwerk sollte die Produktionssteigerung nur mehr 8 Prozent (1954 15 Prozent) ausmachen (für 1956 ist gar nur mehr eine 2,3prozentige Erhöhung vorgesehen).

Die *Investitionen* sollten sich gegenüber 1954 in der Energiewirtschaft um 20, im Kohlenbergbau um 12, in der Chemie um 35, in der Baustoffindustrie um 137, *in der Leichtstoffindustrie aber nur um 10 Prozent erhöhen*. Wie im Vorjahr ergeben die bisherigen Investitionsleistungen, daß man zwar teilweise den Kapitalfonds bereits überzogen hat, aber den *sachlichen* Investitionsplan dennoch nicht oder nur knapp erreicht. Der Volkswirtschaftsplan 1956 sieht eine Erweiterung der staatlichen Gesamtinvestitionen gegenüber 1955 um nicht weniger als 39,7 Prozent vor. Sie werden dabei auf die Erweiterung der Kapazität der Grundstoffindustrie konzentriert. Im Maschinenbau will man die Investitionen verdreifachen, desgleichen in der Bauindustrie. *Im Gegensatz dazu müssen die Leicht- und Lebensmittelindustrie mit etwa den gleichen, relativ geringen Investitionssummen wie 1955 auskommen*.

Der Zuwachs der industriellen Erzeugung im 3. Quartal 1955 gegenüber dem 3. Quartal 1954 betrug nur noch 7,9 Prozent, während er in den ersten beiden Quartalen noch 12 Prozent ausgemacht hatte. In dieser Entwicklung hat man die Erklärung für die außerordentlich große Erhöhung der Investitionen für 1956 zu suchen. Ueberall bemüht man sich, neue Kapazitäten zu schaffen bzw. vorhandene zu modernisieren. Die Mechanisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse wird ständig propagiert.

Nachhinkende Energiewirtschaft

Eine Produktions- und Produktivitätserhöhung ist aber nur mit einem überproportionalen Energieeinsatz möglich. Und hiermit hapert es sehr. Trotz größten Anstrengungen, die *Stromerzeugung* im Jahre 1955 um 13,7 Prozent zu steigern, wird man froh sein müssen, wenn man jetzt und künftig eine Zuwachsrate von 10 Prozent erreicht. Diese ist gewiß angesichts der zitierten Schwierigkeiten bei der Erstellung neuer Kapazitäten und der seit Jahren überlasteten Kraftwerke beachtlich, aber der Stromhunger von Industrie und Bevölkerung wird damit keineswegs gestillt. Auch im letzten Winter hieß es wieder Strom sparen, weil sonst Abschaltungen drohten. Die im Plan 1955 vorgesehenen 626 Megawatt neuer Kraftwerkleistung (1954 erstellt: 680, 1953 aber lediglich 165 MW) hätten übrigens auch nicht ausgereicht.

Ursprünglich sollten laut Fünfjahrplan bereits 1954 30,2 Mia kWh erzeugt werden. Man mußte den Plan aber wegen Material- und Brennstoffschwierigkeiten erheblich reduzieren und erreichte nur 25,9 Mia kWh, obwohl die Kraftwerke mit 6500 und mehr Jahresbenützungsstunden sämtlich überbeansprucht wurden. Hier hat man die Erklärung für den beklagten «hohen Havariestand». Hatte man für 1955 früher 33,4 Mia kWh vorgesehen, kürzte man die Planaufgabe bald auf 29,45 Mia kWh, die noch nicht einmal erreicht werden konnten. Wie auf anderen Gebieten, muß man hier die Planaufgaben «dehnen», weil man sich zuviel vorgenommen hatte.

Ende 1956 *hofft* man den Bedarf der Bevölkerung an Heizmaterial und Strom decken zu können. Die volle Befriedigung des industriellen Energiebedarfs jedoch hält man erst ab Ende 1957/Anfang 1958 für möglich und will schließlich 1958/59 einen kleinen Entwicklungsvorsprung erreichen. Dazu soll neben den Kraftwerkausbauten und -neubauten eine *sehr starke Steigerung der Gaserzeugung* verhelfen, die aber auf überwiegend noch im Planungsstadium befindlichen Großanlagen zur Verkokung von Braunkohle im Senftenberger Gebiet basieren wird (größtes Projekt: Kombinat «Schwarze Pumpe»). 1955 sollte sich die Gasdarbietung um 10,9 Prozent erhöhen, was realisierbar erscheint, da viele Industriebetriebe zur Gasfeuerung in den normalen Gasverbrauchstätern (nachts und

nachmittags) übergegangen sind und auf diese Weise ihre Kohlenzuteilung strecken können.

Der *Kohlenbergbau* sollte 1955 gegenüber 1954 9,5 Prozent mehr fördern (Vorjahressteigerung 5 Prozent). Da die Steinkohlengewinnung aus den weiter vorn geschilderten Gründen nicht gesteigert werden kann, konzentriert man alle Bemühungen auf den Braunkohlenbergbau. Ein umfangreiches Erschließungs- und Baggerbauprogramm lief zwar Anfang 1955 an, aber die geplanten 9,5 Prozent Fördersteigerung bedeuten schließlich rund 18 Mio t *Mehrförderung*, ein Ziel, das nicht erreicht werden konnte. Da die über der Kohle liegenden Abraumschichten immer dicker werden, weil man tiefer gehen muß, hatte man 1955 rund 70 Mio t mehr Massen als im Vorjahr zu bewegen.

Entwicklung der Produktion einiger wichtiger Erzeugnisse

Gegenüber dem 3. Quartal 1954 erhöhte sich die Produktion im 3. Quartal 1955 wie folgt (im 1. und 2. Quartal war eine ähnliche Entwicklung zu verzeichnen):

	um %
Eisenerz	15
Roheisen	12
Rohstahl	9
Nahtlose Rohre	18
Walzwerkmaschinen	25
Landwirtschaftliche Maschinen . .	30
Ausrüstungen für die Textilindustrie	22
Maschinen und Apparate für Nahrungs- und Genußmittelindustrie	24
Schwefelsäure	7
Kalzinierte Soda	24
Aetznatron	14
Kalziumkarbid	18
Zement	10

Da die industrielle Gesamtproduktion gegenüber dem 3. Quartal 1954 nur um 7,9 Prozent gestiegen ist, kann sich bei einer ganzen Reihe von Erzeugnissen die Produktion nur schwach erhöht haben.

Die Herstellung von Verbrauchsgütern und Lebensmitteln erhöhte sich gleichfalls. Nachstehende prozentuale Steigerungen gegenüber der Vorjahresvergleichszeit wurden bekanntgegeben:

	um %
Elektrische Haus- und Heizgeräte .	54
Uhren	31
Möbel	13
Musik- und Kulturwaren	14

	um %
Baumwollartige Gewebe	18
Margarine	18
Butter	11
Fettkäse	19

Bei überdurchschnittlichen Steigerungssätzen muß man die sehr niedrige Ausgangsbasis berücksichtigen. Außerdem drückt sich die teilweise schlechte Qualität der Produkte nicht in den quantitativen Produktionserfolgen aus. Aber wichtige Planpositionen wurden nicht einmal mengenmäßig erfüllt, zum Beispiel Haushaltnähmaschinen, Kühlschränke, Motorräder, Spiegelreflexkameras und elektrische Bohnerbesen.

Durch Uebererfüllung des Planes auf einigen Gebieten – teilweise fehlt es jetzt an Absatz für einige Waren, deshalb mußte man Ende November einen zweiwöchigen Sonderverkauf mit starken Preisherabsetzungen durchführen – wurde es möglich, den Volkswirtschaftsplan 1955 um 360 Mio DM-O zu erhöhen.

Interessant ist, daß einige Zweige der volkseigenen Wirtschaft die Selbstkosten über den Plan hinaus senken konnten (Schwerindustrie, Lebensmittelerzeugung), andere aber zurückblieben (Schwermaschinenbau, allgemeiner Maschinenbau, Leichtindustrie). Insgesamt hat sich bis Ende September 1955 die Zahl der mit Gewinn arbeitenden Betriebe beträchtlich erhöht. Das drückt sich auch in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität aus: in der volkseigenen, zentral geleiteten Industrie stieg sie gegenüber dem 3. Quartal 1954 je Produktionsarbeiter um 9,3 Prozent. Da sich die Durchschnittslöhne nur um 3,2 Prozent erhöhten und weder eine allgemeine Preis- noch Steuer-senkung realisiert wurde, konnte sich der Lebensstandard der Bevölkerung nur schwach verbessern. Diese Entwicklung ergab sich aber schon aus dem Plantext, Eingeweihte machten sich also im Gegensatz zur breiten Masse keinerlei Illusionen.

Die auf allen Gebieten geplanten und realisierten Selbstkostensenkungen sowie die Einsparungen im Verwaltungsapparat kommen also überwiegend der Aufrüstung zugute, über deren Ausmaß freilich nichts im Plan steht.

Die Warenversorgung der Bevölkerung

Im 3. Quartal 1955 wurde der Warenumsatzplan mit 100,2 Prozent rein rechnerisch erfüllt, keineswegs aber in den einzelnen Planpositionen. Der Einzelhandelsumsatz insgesamt erhöhte sich um 40 Prozent (beim staatlichen Einzelhandel überdurchschnittlich, nämlich um 6 Prozent). Diese geringe Umsatzsteigerung entspricht etwa der Erhöhung der Lohnsumme. *Bezeichnend ist, daß sich der Lebensmittelumsatz lediglich um 1 Prozent, der von Verbrauchs- und Gebrauchsgütern aber um 8 Prozent erhöhte.* Spannungen in

der Nahrungsmittelversorgung, wie verbessertes Industriewarenangebot, drücken sich hierin gleichermaßen aus.

Die *Bereitstellung* (Produktion plus Importe) von Waren für die allgemeine Versorgung nahm in den folgenden wichtigen Positionen zu:

	um %
Fette insgesamt	5
Fettkäse	22
Eier	3
Kakaoerzeugnisse	20
Frischfisch	35
Obertrikotagen	25
Lederschuhe	13
Nähmaschinen	67
Motorräder, Moped, Motorroller . .	102
Fahrräder	3
Photoapparate	17
Baumwollgewebe	17
Tapeten	45

Da die Warenbereitstellung wesentlich über die Umsatzentwicklung hinausgewachsen ist (10 zu 4 Prozent), sind die Schaufenster und Regale voller geworden – ein psychologisch sehr wichtiges Moment. Gleichzeitig dient diese Entwicklung der Stabilisierung der Währung. Die Bevölkerung allerdings wartete das ganze Jahr 1955 auf eine weitere Preissenkung (die letzte erfolgte Anfang September 1954!) und Aufhebung der Rationierung von Fetten, Fleisch, Zucker, Milch und Eiern. Nach wie vor liegt das gesamte Preisniveau – mit Ausnahme für rationierte Lebensmittel – weit über dem der Bundesrepublik *bei durchschnittlich wesentlich niedrigeren Lohn- und Gehaltseinkommen*.

Es ist damit zu rechnen, daß man die längst fällige Preissenkung so lange wie irgend möglich aufschiebt, um die Kaufkraft der Bevölkerung niedrig zu halten. Lagen doch die Wurzeln der jetzt im großen und ganzen überwundenen Versorgungskrise in der etwas zu großzügig ausgefallenen Preissenkung des Jahres 1954. Die Kaufkraft der Bevölkerung wurde damals schlagartig in einem Ausmaß erhöht – Anlaß war die Eröffnung der Leipziger Herbstmesse 1954 –, das weit über die damaligen Erzeugungs- und Importmöglichkeiten hinausging. Grotewohl äußerte damals auch beiläufig, daß es durch die teilweise erheblichen Preissenkungen vorübergehend zum Ausverkauf gewisser Waren kommen könne. Andererseits hoffte man, mehr Kaufkraft nach den Massenbedarfsgütern lenken zu können, was nur teilweise gelang, weil das zusätzliche «Milliardenprogramm» nicht termingerecht realisiert wurde. Schließlich setzten Angst- und Hamsterkäufe ein, und Gerüchte über eine bevorstehende Währungsreform taten – wieder einmal – das ihrige: das Chaos war

komplett. Man wird sich in Pankow künftig hüten, nochmals eine solche Entwicklung heraufzubeschwören, und wohl nur partielle Preissenkungen vornehmen.

Zukunftsansichten

Im Gegensatz zu früheren Jahren wurden die Hauptaufgaben des Volkswirtschaftsplans 1956 bereits Anfang Dezember 1955 bekanntgegeben und in der «Volkskammer» diskutiert. Sicherlich hängt das damit zusammen, daß die Arbeiten zur Koordinierung der Fünfjahrespläne (für 1956 bis 1960) aller Ostblockstaaten rechtzeitig abgeschlossen werden konnten.

Die Bruttonproduktion soll gegenüber der realen Produktion des Jahres 1955 insgesamt um 8,6 Prozent gesteigert werden (in der Bundesrepublik rechnet man für den gleichen Zeitraum mit einer Erhöhung von 10 bis 12 Prozent). Diese geplante Steigerung der Industrieproduktion stützt sich in bedeutendem Maße auf weitere Materialeinsparungen.

Die Landwirtschaft erhielt folgende Hauptaufgaben vorgeschrieben: Steigerung der Hektarerträge bei Getreide auf 26,7 q, bei Kartoffeln auf 200 q und bei Zuckerrüben auf 325,3 q – wenn der Wettergott keinen Strich durch die Planung macht, könnte man hinzufügen. «Die Milchleistung je Kuh wird mit 2580 kg (3,5 Prozent Fettgehalt) festgelegt», heißt es im Plan. Ob sich die Kühe danach richten?

Die Erzeugung von Schlachtvieh soll um 7 Prozent, von Eiern um 13,6 Prozent, von Wolle um 10,5 Prozent steigen. Besonders energisch will man die Mechanisierung der landwirtschaftlichen Arbeiten aller Art vorantreiben, gleichfalls den weiteren Ausbau der «landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften».

Wie der Plan für 1955 erweckt auch der «Volkswirtschaftsplan 1956» in vielem den Eindruck einer Generalmobilmachung. Die Planungen wurden sicherlich von der politischen Entwicklung im Westen stark beeinflusst. Offenbar hat man bis zuletzt auf das Nichtzustandekommen der Pariser Verträge gehofft. *Nunmehr ist das eingetreten, wovor die deutsche Sozialdemokratie immer wieder gewarnt hat: das Wettrüsten in beiden Teilen Deutschlands hat begonnen.*

Für die Bewohner der DDR bedeutet das ein Dahinschwinden aller Hoffnungen auf baldige spürbare Verbesserung der Lebenshaltung, ganz zu schweigen von der Wiedervereinigung. Die hohen Abwanderungszahlen sind Ausdruck dieser Enttäuschung. Zweifellos vorhandene Produktions- und Produktivitätserfolge kommen nur zum verschwindend geringen Teil der breiten Masse zugute, sie fließen vielmehr in den Rüstungs- und Investitionsfonds.

Obgleich die letzte Ernte gut ausgefallen ist und das Außenhan-

delsvolumen 1955 rund 6 Milliarden DM-O erreichte, werden von der Bevölkerung im freien Verkauf (HO-Preise) verlangt: für Butter DM-O 20.— je kg, Zucker 3.—, Schweinefleisch 11.20, Rindfleisch 10.80, Margarine 3.60 bis 4.40, Bohnenkaffee 80.— (!); ein Ei kostet —.45, ein Liter Milch 1.12. Der Normalverbraucher erhält auf die Lebensmittel-Grundkarte pro Monat nach wie vor lediglich folgendes: 1380 g Fleisch (im Austausch gibt es für je 50 g ein Ei zum Normalpreis von 13 Pfennig), 915 g Fett (Butter, Margarine oder Schlachtfette in genau vorgeschriebener Aufteilung) und 1240 g Zucker. Nur Kinder und Schwerkranke erhalten (geringe) Rationen von Vollmilch zum Normalpreis (36 Pfennig pro Liter), alle anderen Verbraucher müssen entweder die 300 Prozent teurere Vollmilch in den Läden der staatlichen Handelsorganisation (HO) kaufen oder aber sich mit Magermilch (die im Dritten Reich «entrahmte Frischmilch» genannt wurde) begnügen. Obgleich Schwer- und Schwerstarbeiter höhere Lebensmittelrationen erhalten, sind auch sie gezwungen, einen wesentlichen Teil ihres Verdienstes für die frei erhältlichen HO-Lebensmittel auszugeben. *Hierin liegt eine ungeheure Kaufkraftabschöpfung, die man gegenwärtig auf etwa 5 Milliarden DM-O schätzen kann.*

Für 1956 ist eine weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität um 8,8 Prozent je Produktionsarbeiter vorgesehen. Obgleich sich auch der gesamte Lohnfonds um 5,2 Prozent erhöhen soll, ist doch nicht mit einer allgemeinen Lohnerhöhung zu rechnen, sondern lediglich mit «Einkommenssteigerungen durch Qualifizierungen» oder Uebererfüllung der Produktionsnorm. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der Beschäftigten um 90 000 zunehmen soll (trotz der starken Abwanderung erscheint das möglich, weil mehr Menschen im arbeitsfähigen Alter stehen und besonders auch die Arbeitsaufnahme bisher unbeschäftigter Hausfrauen gefördert wird.

Selbst der geschickteste SED-Funktionär kann die Tatsache nicht wegdiskutieren, daß sich der Abstand im Lebensstandard zwischen der DDR und der Bundesrepublik immer mehr vergrößert. Zwar ist Amerika mit seinem hohen Lebensstandard weit entfernt, aber Westberlin liegt inmitten der DDR und wird – wie auch das Bundesgebiet selbst – alljährlich von mehr als einer Million Menschen aus Mitteldeutschland besucht, die zu Hause berichten, was sie gesehen haben. Ihre materielle Misere beeinflußt Stimmung und Haltung der Bewohner der DDR viel mehr als der politische Druck, an den sich erfahrungsgemäß gerade die Deutschen verhältnismäßig rasch gewöhnen. Vielleicht ergibt sich hieraus für das kommunistische Regime in Berlin-Pankow eines Tages doch der Zwang, wiederum einen neuen, weicheren Kurs einzuführen. Oder hofft man noch immer auf die längst fällige allgemeine Wirtschaftskrise in der westlichen Welt, die auch die Bundesrepublik erfassen müßte?

Kurt Fiebich, Köln